

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Matthias Höhn, Dr. Gesine Löttsch, Dr. André Hahn, Lorenz Gösta Beutin, Heidrun Bluhm, Jörg Cezanne, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Amira Mohamed Ali, Niema Movassat, Petra Pau, Victor Perli, Ingrid Remmers, Martina Renner, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Andreas Wagner und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 19/4560 –**

Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2018

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ostdeutschland steht wieder im Fokus. In der Unterrichtung stellt die Bundesregierung auch in diesem Jahr fest, dass sich gleichwertige Lebensverhältnisse nicht von selbst herstellen. Die Ost-Wirtschaft erreicht seit Jahren nicht mal drei Viertel der westdeutschen Wirtschaftskraft, die Bevölkerung schrumpft unaufhaltsam, der Anteil der alten Menschen steigt, weil die jungen Leute woanders eine bessere Zukunft finden. Doch trotz der ernüchternden Entwicklung sieht die Bundesregierung auch in diesem Jahr keinen Handlungsbedarf. Das politische Ziel einer sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen deutschen Einheit hat sie schon vor Jahren aufgegeben.

Zwar herrschen in Ostdeutschland soziale Rahmenbedingungen, die wir auch in Regionen im Westen sehen, aber im Osten betreffen sie die Mehrheit der Menschen. Ob es die Wirtschaftsdaten, die Steuerkraft, die Einkommenssituation, die Vermögensverhältnisse sind, legt man diese Daten auf eine Landkarte, sind bis heute die Grenzen der DDR zu erkennen. Sie werden Deutschland noch in Jahrzehnten teilen.

Mittlerweile ist klar, demokratischen Zusammenhalt und Zugehörigkeit, in Ost und West, fördert man nicht durch das Verschweigen von Unterschieden, nicht durch Forderungen nach Dankbarkeit und nicht durch Belehrungen. Sind die allgemeinen Ost-West-Unterschiede auch eklatant, so gibt es eine differenzierte Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft innerhalb der sogenannten neuen Länder.

Vor knapp 30 Jahren war der Kampf um demokratische Rechte und persönliche Freiheit auch mit einem Bekenntnis zur Marktwirtschaft verbunden. Wahrscheinlich galt das für die damalige Mehrheit der DDR-Bevölkerung. Nur eine Minderheit wollte einen dritten Weg suchen und gehen und war damit chancenlos. Eine erste und bis heute anhaltende Desillusionierung über wirtschaftliche und politische Mechanismen in der sozialen Marktwirtschaft war das Wirken der Treuhandanstalt. Millionen Frauen und Männer verloren ihre Arbeitsstelle, daran darf und muss immer wieder erinnert werden. Es besteht – vor allem in den ostdeutschen Bundesländern – unverändert ein hohes öffentliches Interesse an der Aufklärung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt und der Frage, inwieweit deren Tätigkeit und die damalige Ostdeutschlandpolitik der Bundesregierung die heute noch bestehenden strukturellen ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen Ostdeutschland und den westdeutschen Bundesländern maßgeblich (mit-)verschuldet haben. Viele Betroffene haben bis heute offene Fragen.

Der Ruf nach Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen darf nicht nur Bezug auf ihr Leben in der DDR nehmen, sondern zugleich und vermehrt auf die Transformationsleistung, die bis heute andauert. Die Bevölkerung der DDR hat nicht nur die Auflösung ihrer Betriebe oder die Abwertung ihrer Bildungsabschlüsse überstehen müssen. Sie hat vor allem neu angefangen, sie hat umgeschult oder nochmals studiert. Sie pendelt, sie hat wieder Arbeit gefunden, neue Betriebe aufgebaut, Vereine gegründet. Und dennoch bleiben Ostdeutsche in aller Regel bis heute von Spitzenfunktionen in allen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen. Was vor fast 30 Jahren als rechtsstaatlicher Nachholprozess begründet wurde, hat längst jede Rechtfertigung verloren. Der Elitenwechsel aus der Wendezeit hat sich verselbstständigt und verfestigt.

Der „Aufbau Ost“ fiel zusammen mit dem neoliberalen Abbau des Staates – in Ost und West. Unter der Doktrin des „schlanken Staates“ wurde der Finanzierungsvorbehalt zum höchsten Maßstab politischen Regierungshandelns. Die Entleerung ganzer Landstriche von wichtigen Ressourcen öffentlicher Infrastruktur ist nicht allein Folge demographischer Veränderungen, sondern ebenso Konsequenz dieser Marktlogik. Ebenso wurde mit den Hartz-Reformen das soziale Sicherungsnetz der Arbeitslosenversicherung durchlöchert und das staatliche Rentenversprechen gebrochen.

In einer Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher Umstrukturierungen und biografischer Umbrüche, in der gesellschaftlich stabilisierende öffentliche Strukturen am dringendsten gebraucht wurden, kamen die radikalsten Streichungsprogramme. Der Staat und somit die gestaltende und steuernde Politik zogen sich zurück, und sie ließen damit die Menschen zurück. Aus diesen Entscheidungen resultieren einige der großen Herausforderungen für heutige Politik, sowohl in Ost und West: Mangel an Lehrkräften und Polizei, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, gravierende Missstände in der Pflege, wachsende Armut im Alter und beschämende Kinderarmut. Den Osten allerdings trifft dies mit besonderer Wucht und vor dem besonderen Erfahrungshintergrund politischer Brüchigkeit und der bereits einmal geleisteten Kraftanstrengung, wieder Boden unter die Füße zu bekommen.

Der Osten ist Problemanzeiger für Gesamtdeutschland. 29 Jahre nach der demokratischen Selbstermächtigung in Ostdeutschland erleben wir heute einen anderen Kampf um gesellschaftliche Deutungshoheit. Ein nennenswerter Teil der Wählerinnen und Wähler hat sich von den Volksparteien verabschiedet. Und auch ein nennenswerter Teil der Politik verabschiedet sich ihrerseits von den demokratischen Grundwerten. Der Rechtsruck schlägt sich nicht nur, aber besonders im Osten Deutschlands nieder. Ausgerechnet dort propagieren heute viele Menschen die Auffassung, dass die Freizügigkeit eines Menschen an den Zufall seines Geburtsortes gekoppelt sein müsse. Gleichzeitig zwingt die Polarisierung der Gesellschaft zur Stellungnahme: Kein Nazi-aufmarsch ohne Gegenproteste.

Diese Auseinandersetzung um die Legitimität der Demokratie ist auch Ausdruck politischer Fehler und sozioökonomischer Entwicklungen. Die europa- und weltweit gestellten Fragen des gerechten Zusammenlebens, der Nachhaltigkeit und der Zukunft der digitalen Arbeitswelt sind in Deutschland angekommen. Sie werden von Rostock bis Erfurt allerdings zum Teil vor einer anderen Folie gestellt als in Stuttgart oder Hamburg. Das Demokratie- und Wohlstandsversprechen sowie das Ideal unteilbarer Menschenrechte, als Erbe und Mahnung aus der Erfahrung zweier Weltkriege, sind brüchig geworden. Diese Versprechen und Ideale gilt es zu verteidigen. Nötig sind dafür ein stärkerer Sozialstaat und mehr innere Solidarität als eine Bedingung für mehr Solidarität nach außen.

Die Bundesregierung darf nicht weiter schweigen und einmal im Jahr mit großer Betroffenheitsgeste einen Jahresbericht zur deutschen Einheit vorlegen, der stets aufs Neue desillusionierend ist und trotzdem folgenlos bleibt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich drei Aufgaben im Sinne politischer Regierungsgroßprojekte Deutsche Einheit inhaltlich auszuarbeiten sowie einen Vorschlag für die gesetzliche Umsetzung und eine ausreichende finanzielle Ausstattung vorzulegen. Im Einzelnen sollen sie umfassen

1. die Aufgabe „Aufwertung statt Entwertung“, mit der die eklatante Unterrepräsentanz Ostdeutscher in Führungsfunktionen von Politik, Justiz, Wissenschaft oder Medien beendet werden soll. Als Vorbild für die Bundesländer, Kommunen und andere öffentliche Arbeitgeber soll die Bundesregierung in der Bundesverwaltung darauf hinwirken, dass Ostdeutsche bei der Personalentwicklung für Führungsaufgaben besonders berücksichtigt werden. Außerdem sollen Behörden und neu zu gründende Forschungseinrichtungen solange vorrangig in Ostdeutschland anzusiedeln sein, bis es zu einer annähernd gleichwertigen Verteilung der Standorte im Bundesgebiet kommen wird, um wirtschaftliche Impulse in strukturschwächeren ostdeutschen Regionen zu setzen. Dies ist jetzt umso dringlicher, da Ende 2019 der Solidarpakt II ausläuft. Bereits 1992 hatte die damalige Föderalismuskommission von Bundestag und Bundesrat einen entsprechenden Beschluss gefasst, der bis heute durch sämtliche Bundesregierungen ignoriert wurde (vgl. Bundestagsdrucksache 12/2853). Auch die ostdeutschen Ministerpräsidenten hatten auf ihrer Konferenz am 18. April 2018 diese Forderung erneut aufgegriffen;
2. die Aufgabe „Rückkehr statt Rückzug“, mit der die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse einen Plan vorschlagen soll, der den Rückzug des Staates aus der öffentlichen Daseinsvorsorge rückgängig und Ostdeutschland für die Rückkehr attraktiver macht. Dabei sollen die erodierte gesellschaftliche Bindekraft durch eine gute sozial-kulturelle Infrastruktur wieder gestärkt, der Fachkräftemangel besonders in der Fläche bekämpft und ein bezahlbarer, schneller Breitband-Internetanschluss für jeden Haushalt bereitgestellt werden;
3. die Aufgabe „Freiheit in Gleichheit“, mit der die Ungleichheit bei Löhnen und Renten zwischen Ost und West beendet und die 1989 geforderte Freiheit erst ermöglicht werden soll. Dafür muss die Rentenangleichung sofort vorgenommen werden. Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zum Nachteil der heutigen Beschäftigten führen. Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die Umrechnung erhalten bleiben. Für Zeiten des Niedriglohns muss dazu generell für alle Beschäftigten in Ost wie West eine Hochwertung in der Rente eingeführt werden, die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristet und verbessert werden. Die Diskriminierungen in der Rentenüberleitung, bei-

spielsweise für in der DDR geschiedene Frauen, müssen beendet werden. Außerdem soll die Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse die Voraussetzungen für gleiche Löhne und Gehälter in Ost und West schaffen, indem der gesetzliche Mindestlohn auf mindestens 12 Euro steigt, Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen verboten werden und eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen gesetzlich geregelt wird. Zudem müssen die Gewerkschaften darin unterstützt werden, künftig ein einheitliches Tarifniveau in Ost und West durchzusetzen.

Berlin, den 26. September 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion